



Stadt Dessau

2006-02-23

Zerbster Straße 4, 06844 Dessau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 15.02.2006

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:45 Uhr
Sitzungsort: R. 228

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Bier, Ottmar
Gebhardt, Roland

Fraktion der PDS

Pätzold, Hans-Joachim

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Beschluss der Tagesordnung

Frau Nußbeck begrüßte die Mitglieder und Gäste des Ausschusses und stellte Beschlussfähigkeit fest. Zur vorliegenden Tagesordnung wurden keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht.

2. Genehmigung der Niederschrift

Dem Protokoll der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 8. Dezember 2005 wurde ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 5/0/0

3. Arbeitsplan für das Jahr 2006

3.1. Berichterstattung zur Haushaltskonsolidierung

Frau Nußbeck nahm Bezug auf die den Mitgliedern des Ausschusses zur heutigen Sitzung nachgereichten Unterlagen

- Festlegungen/Aufträge aus den zurückliegenden Haushaltsberatungen, die im Wesentlichen im Jahr 2006 abzuarbeiten sind,
- Haushaltskonsolidierungskonzept 2006 und Folgejahre – Sachkosten/Einnahmeveränderungen

und erläuterte, dass diese Übersichten den Arbeitsplan für den Haushalts- und Finanzausschuss für das Jahr 2006 darstellen, um über den Abarbeitungsstand der in den zurückliegenden Haushaltsberatungen getroffenen Festlegungen und erteilten Aufträge, einschließlich der Haushaltskonsolidierungsvorschläge, entsprechend der Terminstellung im Haushalts- und Finanzausschuss zu berichten.

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

4. Öffentliche Beschlussfassungen/Informationen

4.1. Einführung der neuen kaufmännischen Buchführung (Doppik) in der Stadt Dessau

Vorlage: BV/018/2006/II-20

Frau Nußbeck übergab das Wort an Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen, für inhaltliche Ausführungen zur ausgereichten Informationsvorlage.

Frau Wirth informierte über die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Projektziele, die Projektorganisation, den zeitlichen Ablauf und die voraussichtlichen Kosten.

Auf Anfrage von Frau Ehlert bestätigte Frau Wirth, dass es sich bei dem extern einzustellenden Personal um Personal aus Roßlau und dem Landkreis Anhalt-Zerbst handele.

Weiterhin zum zeitlichen Ablauf der ausführlichen Information der Stadträte durch Frau Ehlert befragt, führte Frau Nußbeck aus, dass die Verwaltung in jeder stattfindenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses über den aktuellen Arbeitsstand informieren werde, soweit konkrete Dinge im Zusammenhang mit der Einführung der Doppik anstehen.

Zu den von Frau Ehlert geäußerten Bedenken, die Informationen nur auf den Kreis der Mitglieder des Ausschusses zu begrenzen und den Vorschlag, die Stadträte umfassend im Rahmen einer Informationsveranstaltung zu schulen erklärte Frau Nußbeck, dass es aus Sicht der Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt zu früh wäre. Notwendig sei in erster Linie die umfassende Information aller Verwaltungsmitarbeiter gemäß dem erarbeiteten Maßnahme- und Zeitplan. Weiterhin werden im Rahmen des Berichtes des OB im Stadtrat die Stadträte über die jeweiligen Arbeitsstände informiert. Eine Schulung der Stadträte mache erst dann Sinn, wenn konkretes Arbeitsmaterial, wie beispielsweise der Produktplan vorliege. Frau Wirth ergänzte, dass eine Schulung der Stadträte lt. Zeitplan für das Jahr 2009 vorgesehen sei.

Auf die weitere Anfrage von Frau Ehlert die Erfassung und Bewertung des Anlagevermögens betreffend erklärte Frau Nußbeck, dass die Verwaltung mit der Erfassung des Anlagevermögens beginne, im Weiteren die Rahmenbedingungen schaffe, um dann mit dem Personalzuwachs aus Roßlau und dem Landkreis Anhalt-Zerbst mit der arbeitsintensiven Bewertung unter Federführung des Amtes für Stadtfinanzen zu beginnen.

Die Anfrage von Frau Ehlert die Software betreffend erklärte Frau Wirth, dass die vorhandene Software alles das biete, was für die Umstellung auf die Doppik notwendig sei. Letztjährig wurde das Modul zur Vermögensbewertung erworben. Weiterhin werde noch ein Modul Kosten- und Leistungsrechnung zu erwerben sein, so Frau Wirth weiter. Ein zusätzlicher Kostenfaktor entstehe durch den notwendigen Schulungsaufwand, softwaretechnisch sei aber keine Programmumstellung notwendig.

Auf Anfrage von Frau Lohde die Darstellung der Bewertung des Anlagevermögens im politischen Raum betreffend erklärte Frau Nußbeck, dass die Bewertungsrichtlinie in wesentlichen Punkten dargestellt werden könne. Diesbezüglich werde es sicher Gesprächsstoff über die optimalste Herangehensweise geben. Ansonsten sei die Bewertung des Anlagevermögens eine reine interne Verwaltungsangelegenheit und erst in der Eröffnungsbilanz als Wert wieder zu finden.

Frau Wirth erläuterte auf die Anfrage von Herrn Bönecke die Eröffnungsbilanz und den Haushalt betreffend, dass die Teile, die für den Haushalt wichtig seien, bereits 2009 vorliegen werden. Eine komplette Eröffnungsbilanz für das Jahr 2010 kann 2009 nicht vorliegen.

Von Frau Ehlert zu Informationen eine mögliche Verschiebung der Einführung der Doppik über das Jahr 2010 aufgrund der Gebietsreform hinaus betreffend befragt, erklärte Frau Nußbeck, dass der Innenausschuss einem Entwurf zur Beschlussfassung zugestimmt habe, der als spätesten Zeitpunkt der Einführung der Doppik das Jahr 2011 vorsehe. Dennoch werde die Stadt Dessau mit der Einführung beginnen, da sich sicher im Rahmen des Maßnahme- und Zeitplanes einige objektive Verschiebungen ergeben werden.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

4.2. Informationen zum vorläufigen Ergebnis des Jahres 2005

Frau Nußbeck übergab das Wort an Frau Wirth. Frau Wirth führte aus, dass sich das Ergebnis im Verwaltungshaushalt aus heutiger Sicht gegenüber dem Plan um etwa 3,3 Mio. EUR günstiger darstellen werde, wobei es sich hier nur um ein vorläufiges Ergebnis handele. Gegenüber dem Vorjahr, so Frau Nußbeck ergänzend, wo sich zu diesem Zeitpunkt eine Verbesserung des Ergebnisses um 9 Mio. EUR abzeichnete, sei dies eine gewisse Verschlechterung. Eine gravierende Ursache sei dabei, dass die Ausgaben bei den Kosten der Unterkunft deutlich vom Plan abweichen.

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

4.3. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe "Rekonstruktion lokale Wanderwege, Verbindung Kleutsch Sollnitz (Hochwasser) in Höhe von 330.000,00 EUR

Vorlage: BV/095/2006/II-20

Der Beschlussvorlage Genehmigung einer außerplanmäßige Ausgabe „Rekonstruktion lokale Wanderwege, Verbindung Kleutsch Sollnitz (Hochwasser) in Höhe von 333.000,00 EUR wird zugestimmt.

Gesetzliche Grundlagen:	Hauptsatzung, Gemeindeordnung
Bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse:	Keine
Vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen:	Keine
Hinweise zur Veröffentlichung:	Keine

Abstimmungsergebnis: 6/0/0 - einstimmig

4.4. Stand der Umsetzung des Haushaltsplanes im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zum 31. Januar 2006

Vorlage: IV/011/2006/II

Frau Nußbeck erläuterte mit Hinweis auf die satzungslose Zeit, dass derzeit nur die gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen zu Buche schlagen.

Unter Bezugnahme auf die Aussage von Frau Ehlert, dass sich das Ergebnis bei den Einnahmen ihrer Meinung nach mit 33 % doch recht positiv darstelle erklärte Frau Nußbeck, dass es sich um die Sollstellung der Einnahmen handele, was nicht unbedingt einem tatsächlichen Eingang entspreche.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

4.5. Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben/Verpflichtungsermächtigungen

Auf Anfrage von Herrn Maloszyk die Rückzahlung überzahlter Beträge für Bahnbrücke an die DB AG, HH-Stelle 63000.98601 in Höhe von 18.928,47 EUR, betreffend erläuterte Frau Nußbeck, dass es sich hier um die Rückzahlung von nicht verwendeten Mitteln der Deutschen Bahn handele. Dies sei das Ergebnis der Prüfung der Verwendungsnachweise. Die Rückforderung in dieser Höhe wird von Seiten der Stadt auch anerkannt. Darüber hinaus gehende Forderungen seien derzeit noch strittig.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

5. Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten

Frau Nußbeck gab einige Informationen zum Stand der Prüfung der Haushaltssatzung 2006 und führte aus, dass der Haushalt am 14.12.2005 durch den Stadtrat beschlossen wurde.

Am 20.12.2005 wurde der Haushalt im Landesverwaltungsamt zur Prüfung eingereicht. Vom Landesverwaltungsamt – Kommunalaufsicht - erhielt die Stadt am 11. Januar 2006 ein Anhörungsschreiben, welches im Wesentlichen 2 beabsichtigte Beanstandungen enthielt. Zum einen wurde die Planung von Bedarfszuweisungen in einer Gesamthöhe von 49,9 Mio. EUR für den städtischen Haushalt beanstandet. Die Kommunalaufsicht teilte diesbezüglich mit, dass auf Bedarfszuweisungen kein Rechtsanspruch bestehe und die Stadt somit diesen Betrag nicht verbindlich in ihre Finanzplanung einstellen könne. Im Weiteren werde die Transferierung von Investitionshilfen vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt zur Reduzierung des Defizits im Verwaltungshaushalt beanstandet. Das sei, so Frau Nußbeck, bisher durch die Kommunalaufsicht immer genehmigt worden.

Frau Nußbeck führte weiter aus, dass durch die Verwaltung (Frau Nußbeck und Frau Wirth) am 17.01.2006 beim Landesverwaltungsamt ein Anhörungstermin wahrgenommen wurde.

Bis zum 20.02.2006 muss das Landesverwaltungsamt der Stadt Dessau eine Entscheidung mitteilen, so dass der politische Raum zur Sitzung des Stadtrates am 22.02.2006 darüber informiert werden könne, ob der eingereichte Haushalt beanstandet wurde.

Auf die Anmerkung von Herrn Mrosek machte Frau Nußbeck deutlich, dass sich die Verwaltung dessen bewusst sei, dass dies nicht nur weitere Personalkosteneinsparungen sondern Einsparungen in allen Bereichen, u. a. im freiwilligen Bereich, bedeute und sich die Stadt wieder mit den Einnahmen befassen müsse.

An diesem Punkt nahm Frau Nußbeck auf einen weiteren wesentlichen Faktor Bezug, die Kosten der Unterkunft. Zum Ende des Jahres 2005, so Frau Nußbeck, erfolgten vom Land nochmals eine Zuweisung aus den Ersparnissen Wohngeld des Landes an die Stadt in Höhe von ca. 500 TEUR. Die Stadt gehe aber nach wie vor davon aus, dass dies immer noch nicht das sei, was das Land auskehren müsste. Momentan gehe der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt davon aus, dass das Land 160 Mio. EUR aus dem Wohngeld erspart habe. 50 % davon würden den kommunalen Trägern zustehen, momentan seien ca. 60 Mio. EUR an die Kommunen ausgeschüttet worden. Zusammengefasst: die Zahlung vom Land und die 29,1 % vom Bund, seien exakt die 43 %, die in der städtischen Finanzplanung berücksichtigt wurden. Dies wurde nicht durch das Landesverwaltungsamt beanstandet. Allerdings, wenn es zu einer Beanstandung des Haushaltes komme, sollte auch darüber gesprochen werden, in wie weit die Stadt ihre Rechte in welcher Form durchsetze.

Im Weiteren informierte Frau Nußbeck über ein Thema, mit dem sich die Verwaltung durchaus beschäftige. Es handele sich hier um Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP), auch public private partnerships (PPP) genannt. Diesbezüglich gebe es schon einige Prüfaufträge, wie beispielsweise den Fuhrpark und die Datenverarbeitung betreffend, hier alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen.

Dem werde sich die Stadt auch stellen, wobei ganz klar gesehen werden müsse, dass wenn Investitionshilfen zukünftig nicht mehr dem Verwaltungshaushalt und so-

mit dem Vermögenshaushalt für Investitionen zur Verfügung stehen, die Stadt in den nächsten Jahren über 32,6 Mio. EUR mehr Eigenmittel für Investitionen verfüge. Sollte es dann noch gelingen, über die Haushaltskonsolidierung einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen, dann seien in den nächsten Jahren deutlich mehr Investitionen möglich.

Frau Nußbeck erklärte abschließend, dass das Thema ÖPP derzeit in der Verwaltung aufbereitet werde und auch in einer der nächsten Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses thematisiert werden solle.

Auf die Anfrage von Frau Lohde die Handhabung des Ratsinformationssystems betreffend erläuterte Frau Nußbeck, dass sich die Verwaltung noch in der Lernphase befinde, die damit verbundene Dienstanweisung zur Handhabung teilweise noch der Anpassung bedarf, aber davon ausgegangen werde, dass schnellstmöglich eine Vereinheitlichung erreicht werde.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Es wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Dessau, 10.01.07

Sabrina Nußbeck
Vorsitz Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Unterschrift Schriftführer